

**Die erste Tagung des Ernährungsrates.**

Die erste Tagung des Ernährungsrates, zu welcher seitens der Regierung Präsident Paul, der Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann, die Sektionschefs Dr. Ritter v. Ertl und Dr. Loewenfeld-Ruß, Ministerialrat Dr. Stettner, der mit dem Vorsteher der Zentral-Preisprüfungskommission betraute Hofrat Freiherr v. Fries und Statthaltereirat Dr. Ritter v. Fürer erschienen waren, wurde Dienstag vom Präsidenten Dr. Grafen Parisch-Moennich mit einer Ansprache eröffnet.

Als erster Gegenstand der Tagesordnung wurde die Frage der Bewirtschaftung der Heu- und Strohernte im Jahre 1918 zur Diskussion gestellt, über welche das Mitglied Dr. Lampe referierte. Der Ernährungsrat beschloß, an die Regierung die Aufforderung zu möglichst straffer Bewirtschaftung der Heu- und Strohernte 1918 zu richten; Erfassung, Aufbringung und Verteilung der Militär- und Zivilkontingente sollen gemeinschaftlich erfolgen.

Darauf gelangte der Bericht des Mitgliedes Granitsch über die Bekämpfung des Kriegswuchers zur Annahme. Ferner wurden Anträge der Reichsratsabgeordneten Pittoni und Muchitsch, die an der Haltung der Regierung in der Ernährungsfrage Kritik übten, sowie der Mitglieder Pacher und Revident Bilek, die sich für die böhmischen Notstandsgebiete einsetzten, angenommen.

Die Debatte über den vom Ernährungsamte vorgelegten Verordnungsentwurf, betreffend die Getreidepreise für die neue Ernte, welcher eine Erhöhung der Getreidepreise vorsieht, wurde auf Antrag des Vizebürgermeisters von Graz Dr. Gargitter für den Zeitpunkt vertagt, bis zu welchem seitens der Regierung Erklärungen über die künftige Bewirtschaftung der Ernte vorliegen werden. Seitens der Konsumentenvertreter wurde erklärt, daß sie zur Erhöhung der Getreidepreise insoweit nicht Stellung nehmen können, als nicht die staatsliche Bewirtschaftung der Ernte gewährleistet werde.

Eine kurze Debatte entpauß sich über einen vom Mitgliede Dr. Mussoni eingebrachten Dringlichkeitsantrag, daß dem Ernährungsamte die Grundstücke für die künftige Bewirtschaftung des Obstes zur Begutachtung vorgelegt werden mögen. Ministerialsekretär Dr. Galban gab Aufschlüsse über die beabsichtigte Bewirtschaftung der heurigen Obst- und Gemüsernte; Mitglied Ederich verlangte Schutz der Konsumenten vor einem Anstauung der Krähobstes

durch die Marmeladeindustrie; Vizebürgermeister Hof wünscht im Falle einer Preissteigerung für Feinstobst Einheitslichkeit für ganz Oesterreich.

Reichsratsabgeordneter Dr. Diamand referierte sodann über einen Antrag des Mitgliedes Jira, in welchem das Ministerium für öffentliche Arbeiten angefordert wird, alle Vorkehrungen zu treffen, damit der dringende Kohlenbedarf der Landwirtschaft, namentlich an Druschkohle, spätestens in den Monaten Mai bis Juli zur Verfügung gestellt werde. Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann stellte unter Hervorhebung seines freien Bestrebens, an erster Stelle und vor allen anderen Bedarfsgruppen die Konsumentenkreise mit Heizmaterial zu versehen, ausführlich den Stand der Kohlenversorgung und die Vorkehrungen für den nächsten Winter dar. Der Minister gab die Versicherung, daß alles vorgekehrt werde, um eine Bevorrätigung der Landwirtschaft mit Kohle namentlich für den Drusch zu ermöglichen. Zwei vom Mitgliede Dr. Schleichler gestellte Resolutionsanträge, in welchen die Verwendung der billigen galizischen Kohle zu Hausbrandzwecke in Galizien gefordert und gegen die Beschlagnahme von Konsumkohle durch die Eisenbahnverwaltung Stellung genommen wurde, wurden angenommen.

Der Ernährungsrat zog sodann die Vorschläge des Ernährungsamtes über die Zuweisung von Zucker zu Einsiebezwecken in Beratung, über welche Mitglied Reichsratsabgeordneter Muchitsch referierte. Der Ernährungsrat stimmte, wie wir bereits gemeldet haben, den Vorschlägen der Regierung zu. Hiernach soll im heurigen Jahre in einem Monat, wahrscheinlich bereits im Juni, für Einsiebezwecke die nach der Grundkarte ausgegebene Monatsration einmalig im doppelten Umfange ausgegeben werden, wobei die Zuckerzusatzkarten unberücksichtigt bleiben. Ueberdies soll Wirtschaftsbesitzern, dann für Schulobstgärten, ähnlich wie im Vorjahre, Zucker in beschränktem Umfange zur Verwertung ihrer eigenen Pflanzung zur Verfügung gestellt werden; der für die letztere Verwendung bestimmte Zucker soll, wie Statthaltereirat Dr. Ritter v. Fürer auseinandersetzte, nach Anhörung der Landeswirtschaftsämter und Landeswirtschaftsräte verteilt werden.

Ferner wurde ein Antrag Professor Winklers über Maßnahmen zur Einstellung guter Milchkuhe angenommen.

Zum Schlusse der Tagung beantwortete Ministerialrat Dr. Stettner eine Anfrage über die Hilfsaktion für den Mittelstand und teilte mit, daß die Aufteilung des hiefür bestimmten 70-Millionen-Kredits in der nächsten Zeit durchgeführt werden wird.